

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 78. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 28. März 2019

### 1. Abgeordnete

**Bettina Brück,  
Astrid Schmitt und  
Alexander Fuhr (SPD)**

#### **Digitalpakt Schule – Umsetzung in Rheinland-Pfalz**

Nachdem am 21. Februar 2019 der Bundestag mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit dem „Digitalpakt Schule“ zustimmte, billigte am 15. März 2019 auch der Bundesrat die ausgehandelte Grundgesetzänderung. Sie ermöglicht Investitionen in die Digitalisierung der Schulen – insgesamt 5 Milliarden Euro werden vom Bund in den nächsten fünf Jahren hierfür investiert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viel Geld erhält Rheinland-Pfalz, für welche Maßnahmen darf es verwendet werden und was soll mit den Investitionen erreicht werden?
2. Wie setzt sich der genaue Anteil der Fördermittel und Eigenleistungen von Bund, Land und Kommunen zusammen?
3. Wie ist die konkrete Umsetzung des Digitalpakts Schule in Rheinland-Pfalz geplant auch im Hinblick auf die Antragstellung zur Mittelvergabe?

### 2. Abgeordnete

**Gordon Schnieder und  
Adolf Kessel (CDU)**

#### **Finanzministerium plant Kürzung der Kostenübernahme für Flüchtlinge**

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hat angekündigt, die Ende 2019 auslaufenden Regelungen zur Kostenübernahme für Asylsuchende durch eine zeitlich begrenzte Pauschale pro Asylsuchenden zu ersetzen. Ersten Berechnungen zufolge würden die Mittel des Bundes so von 4,7 Milliarden auf etwa 1,3 Milliarden Euro pro Jahr sinken.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie hoch wären die ausfallenden Bundesmittel, sollten die Kürzungen von SPD-Finanzminister Olaf Scholz umgesetzt werden für Rheinland-Pfalz?
2. Wie groß ist derzeit der Anteil von Bundesmitteln an den Gesamtausgaben zur Deckung von Kosten für den Unterhalt und die Unterbringung von Flüchtlingen sowie deren Integration in Rheinland-Pfalz?
3. Wie steht die Landesregierung zu den von SPD-Finanzminister Olaf Scholz vorgeschlagenen Kürzungen bei der Kostenübernahme für Asylsuchende?
4. Auf welche Weise plant die Landesregierung, auf Bundesebene gegen die Kürzungen vorzugehen?

**3. Abgeordnete**  
**Uwe Junge und**  
**Heribert Friedmann (AfD)**

**Straftaten und Strafverfolgung in und um Aufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende (AfA) bzw. kommunale Sammelunterkünfte in Rheinland-Pfalz**

Am Nachmittag des 18. März 2019 attackierte ein 25-jähriger Sudanese vor einer Mainzer Asylunterkunft in unmittelbarer Nähe des Landtags mehrere Passanten mit einem Messer, bevor ihn einige der zahlreichen Augenzeugen überwältigen konnten.

Kurz zuvor berichteten die Kieler Nachrichten – unter Berufung auf interne Polizeiberichte – über Straftaten in der schleswig-holsteinischen Landesaufnahmeeinrichtung Boostedt. Dort hätten sich in nur drei Monaten 117 Verbrechen ereignet, darunter eine Vergewaltigung und ein Fall von sexuellem Kindesmissbrauch, ohne dass die Öffentlichkeit hierüber informiert worden sei. Bei „einfachen Delikten“ von Asylbewerbern ohne Ausweispapiere finde sogar überhaupt keine Strafverfolgung statt, weil der Aufwand zur Personalfeststellung zu groß sei.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Kriminalitätssituation in und um Aufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende (AfA) bzw. kommunale Sammelunterkünfte in Rheinland-Pfalz?
2. Welche (präventiven) Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um Straftaten in und um die besagten Einrichtungen zu verhindern und Dritte zu schützen?
3. Gibt es Weisungen der Landesregierung oder von Landesbehörden (z. B. der Staatsanwaltschaft), welche die Art und Weise der Strafverfolgung hinsichtlich Straftaten in und um die besagten Unterkünfte betreffen? Wenn ja, welche?
4. Gibt es Weisungen der Landesregierung oder von Landesbehörden (z. B. der Staatsanwaltschaft), welche die Art und Weise der Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich Straftaten in und um die besagten Unterkünfte betreffen? Wenn ja, welche?

**4. Abgeordnete**  
**Steven Wink und**  
**Marco Weber (FDP)**

**Pendlerradrouten in Rheinland-Pfalz**

Wie der SWR kürzlich berichtete, werden die Planungen für mehrere Pendlerrouen für Radfahrer in Rheinland-Pfalz nun konkreter.

Beispielsweise wurde ein Ingenieurbüro bereits damit beauftragt, eine Machbarkeitsstudie für den Radweg zwischen Worms und Ludwigshafen zu erstellen. Ebenso wird berichtet, dass noch in dieser Legislaturperiode die weiteren identifizierten möglichen Radrouten auf den Weg gebracht werden sollen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie stellt sich der momentane Sach- und Planungsstand der Pendlerradrouten in Rheinland-Pfalz dar?
2. Welche Perspektiven sieht die Landesregierung durch den Ausbau der Pendlerradrouten für die rheinland-pfälzische Ökologie und Ökonomie?
3. Welche Fördermöglichkeiten gibt es in diesem Bereich?

**5. Abgeordnete**  
**Daniel Köbler und**  
**Pia Schellhammer**  
**(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Zehn Jahre UN-Behindertenrechtskonvention**

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist in Deutschland am 26. März 2009 in Kraft getreten. Sie war für die Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland und weltweit ein Meilenstein.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche rechtlichen Verbesserungen haben sich für Menschen mit Behinderungen in Rheinland-Pfalz durch die UN-Behindertenrechtskonvention ergeben?
2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention ergriffen, um diese umzusetzen?
3. Wie hat sich die tatsächliche Lebenssituation für Menschen mit Behinderungen dadurch verbessert?
4. Wo sieht die Landesregierung noch weiteren Optimierungsbedarf in der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention?

**6. Abgeordnete****Matthias Lammert und  
Dirk Herber (CDU)****Polizeiliche Kriminalstatistik: Mehr Straftaten gegen Polizeivollzugsbeamte**

Die Polizei hat in der kürzlich veröffentlichten Kriminalstatistik im Jahr 2018 insgesamt 1 664 Gewaltdelikte gegen Polizeivollzugsbeamte registriert. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 147 Fälle (+ 9,7 Prozent). Den Schwerpunkt bildeten hierbei tätliche Angriffe und Widerstandshandlungen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die in der polizeilichen Kriminalstatistik aufgezeigten Entwicklungen bezüglich der Gewaltdelikte gegen Polizeivollzugsbeamte ein?
2. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken?
3. Lässt sich ein Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Straftaten gegen Polizeivollzugsbeamte und der Entwicklung der polizeilichen Personalstärke herstellen?
4. Wie steht die Landesregierung zur Einrichtung eines Sonderdezernates für Straftaten gegen Einsatzkräfte bei der Staatsanwaltschaft?

**7. Abgeordnete****Kathrin Anklam-Trapp,  
Dr. Tanja Machalet und  
Sven Teuber (SPD)****Weiterentwicklung der sektorenübergreifenden Versorgung**

Gemäß aktueller Presseberichterstattung hat die Barmer Ersatzkasse (BEK) Ende Februar 2019 ein 10-Punkte-Papier mit Vorschlägen zur Weiterentwicklung der sektorenübergreifenden Versorgung vorgelegt. Ziel der BEK ist es, die Zusammenarbeit und Vernetzung im Gesundheitswesen auszubauen. Im Mittelpunkt der Überlegungen des 10-Punkte-Papiers stehen die medizinischen Leistungen an der Schnittstelle zwischen ambulant fachärztlicher Versorgung und der stationären Grund- und Regelversorgung. Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen hat 2018 entsprechende Vorschläge gemacht.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Sieht die Landesregierung in den Vorschlägen der BEK geeignete Ansätze zur Sicherung der medizinischen Versorgung insbesondere im ländlichen Raum?
2. Gibt es in Rheinland-Pfalz bereits Beispiele entsprechend vernetzter Versorgung und sind weitere Modelle geplant?
3. Liegen der Landesregierung bereits Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur sektorenübergreifenden Versorgung und darüber, wann diese zu konkreten Maßnahmen führen, vor?

**8. Abgeordnete****Marco Weber und  
Steven Wink (FDP)****Bedeutung der Flurbereinigung**

Die ländliche Bodenordnung und die damit verbundenen Maßnahmen der Flurbereinigung sind ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der effizienten Agrarstrukturen und der ländlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz.

Anlässlich der neuen Förderbedingungen im Rahmen des Maßnahmenpakets für die Landwirtschaft im Jahr 2019 fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Ziele verfolgt das Land Rheinland-Pfalz bei der Flurbereinigung?
2. Welche Chancen zur Entwicklung des ländlichen Raums sieht die Landesregierung durch die Flurbereinigung?
3. Wie viele Flurbereinigungsverfahren sind derzeit anhängig?
4. Welche Fördermöglichkeiten gibt es bei den Flurbereinigungsverfahren durch die Landesregierung in Rheinland-Pfalz und wie groß ist das Fördervolumen?

**9. Abgeordnete**

**Jutta Blatzheim-Roegler  
und Andreas Hartenfels**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Änderung der Düngemittelverordnung und die Folgen auf die Ökologische Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz**

Wie die Fachpresse berichtete, plant das Bundeslandwirtschaftsministerium aufgrund einer Rüge der Europäischen Kommission eine weitere Änderung der im Jahr 2017 beschlossenen Düngemittelverordnung. Die Änderungen sind nach Ansicht der Kommission notwendig, da die bisherigen Regelungen nicht zur ausreichenden Reduzierung der Stickstoffeinträge in der Umwelt beitragen. Die bislang bekannt gewordenen Änderungsvorschläge des Bundeslandwirtschaftsministeriums könnten in ihrer jetzigen Form zu einer massiven Verunsicherung und zu einer Beeinträchtigung des Ökologischen Landbaus führen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche konkreten Änderungsvorschläge des Bundeslandwirtschaftsministerium zur Düngemittelverordnung führen nach Ansicht der Landesregierung zu einer Beeinträchtigung der Ökologischen Landwirtschaft?
2. Welche Auswirkungen sind durch die Änderungsvorschläge in ihrer jetzigen Form auf die ökologische Bewirtschaftung bzw. auf die Ausbringung von organischem Düngematerial (nach EU-Bio Verordnung) im ökologischen Landbau zu erwarten?
3. Wie bewertet die Landesregierung den Beteiligungsprozess der Bundesländer und weiterer Akteure (z. B. Ökoverbände wie Bioland, Demeter etc.) an den vorgeschlagenen Änderungen des Bundeslandwirtschaftsministeriums?
4. Welche bisher bekannten Änderungsvorschläge müssten nach Ansicht der Landesregierung hinsichtlich der Zielerreichung des rheinland-pfälzischen 20 Prozent Ökolandbau Ziels korrigiert werden?

**10. Abgeordnete**

**Gabriele Wieland und  
Alexander Licht (CDU)**

### **Auswirkungen der Steigerung der Bundesmittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)**

Nach dem Bundestag beschloss nun auch der Bundesrat Mitte März 2019 die Änderung des Grundgesetzes, um die Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) zu erhöhen. Die Mittel sollen von derzeit 333 Millionen Euro in 2020 auf 665 Millionen Euro und in 2021 auf eine Milliarde Euro erhöht werden. Damit einher gehen weitere begleitende Änderungen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Höhe standen dem Land Rheinland-Pfalz in den Jahren 2016, 2017 und 2018 jeweils Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zur Verfügung und in welcher Höhe wurden diese jeweils abgerufen?
2. Welche Vorkehrungen trifft das Land Rheinland-Pfalz und der zuständige Landesbetrieb in den Bereichen Personal und Planung jeweils, um die erhebliche Mehrung an Fördermitteln künftig vollständig abrufen zu können (bitte mit Angabe von Stellenmehrungen nach Fachbereichen des LBM)?
3. Mit welchem zusätzlichen Mittelbedarf wird im Zuge der Regelung des Artikels 104 b Abs. 2 GG (Zusätzlichkeit) in den Haushaltsjahren 2020 ff. gerechnet?
4. Plant die Landesregierung, die finanzielle Ausstattung der Gemeinden und Verbandsgemeinden zu verbessern, damit für den Bereich der Ortsstraßen die erhöhten Fördermittel aus dem GVFG abgerufen werden können?

**11. Abgeordnete**

**Michael Hüttner,  
Wolfgang Schwarz und  
Hans Jürgen Noss (SPD)**

**Bilanz der Fastnachts-, Faschings- und Karnevalskampagne 2019**

Mit dem Aschermittwoch am 6. März 2019 ging auch in diesem Jahr die närrische Zeit in Rheinland-Pfalz zu Ende. Unser Land verfügt über eine große Zahl traditionsreicher und großer aber auch unzähliger kleinerer Veranstaltungen in allen seinen Regionen. Rheinland-Pfalz kann daher sicher zu den Hochburgen deutschlandweiter Narren-Kultur gezählt werden. Egal, ob man es Fasching, Fastnacht oder Karneval nennt: Auch in 2019 haben wieder tausende rheinland-pfälzische Närrinnen und Narren gemeinsam mit zahlreichen auswärtigen Gästen bei Straßen- und Saalveranstaltungen die tollen Tage gefeiert.

Wie in jedem Jahr bedeutet die Vielzahl und Größe dieser Veranstaltungen jedoch auch eine besondere Herausforderung für die Einsatzkräfte der Polizei.

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Wie viele Einsätze hatte die rheinland-pfälzische Polizei in Verbindung mit Fastnachts- und Karnevalsveranstaltungen zu bewältigen?
2. Wie hat man sich, ggf. gemeinsam mit den Kommunen, auf die Kampagne 2019 vorbereitet?
3. Wie ist die Bilanz der diesjährigen Veranstaltungskampagne aus polizeilicher Sicht? Gab es im Vergleich zu früheren Jahren aus Sicht der Landesregierung besondere Feststellungen oder Vorkommnisse?

**12. Abgeordnete**

**Marion Schneid und  
Gordon Schnieder (CDU)**

**Situation der Musikschulen in Rheinland-Pfalz**

Im aktuellen Haushalt wurde der Landeszuschuss für die 42 Musikschulen in Rheinland-Pfalz um 200 000 Euro erhöht. Die Landesförderung kommt den kommunal geförderten Musikschulen zugute, die im Landesverband organisiert sind.

Die Landesförderung deckt etwa 7 Prozent des Gesamtetats der Schulen, die zusammen 43 000 Schüler unterrichten. Der Landesmusikrat hatte nach Jahren der Stagnation eine Erhöhung der Landesmittel um 1 Million Euro gefordert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Forderung des Landesmusikrats nach einer notwendigen Steigerung des Landeszuschusses um 1 Mio. statt 0,2 Mio. Euro?
2. Was wird die Landesregierung unternehmen, um, im Falle einer Tarifsteigerung und damit notwendig werdender Gebührenerhöhungen, Kinder aus einkommensschwachen Familien nicht ausschließen zu müssen?
3. Wie wird die Landesregierung trotz der Finanzierungslücke eine Reduzierung des Unterrichtsangebots verhindern?
4. Wie wird die Landesregierung einem erkennbaren und weiterhin drohenden Fachkräftemangel an den Musikschulen entgegenwirken?

**13. Abgeordnete**

**Jaqueline Rauschkolb und  
Ingeborg Sahler-Fesel  
(SPD)**

**EqualPayDay – geschlechterspezifische Einkommensunterschiede abbauen**

Der diesjährige EqualPayDay fand am 18. März statt. Das Datum errechnet sich jedes Jahr neu aus der Zeitspanne, die Frauen länger arbeiten müssen, um auf den Jahresdurchschnittsverdienst eines Mannes zu kommen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen sind der Landesregierung bekannt, um die Unterschiede der Verdienste von Frauen und Männern abzubauen?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung bereits über die Auswirkungen des 2018 in Kraft getretenen Entgelttransparenzgesetzes?

**14. Abgeordnete****Michael Wäschenbach und  
Hedi Thelen (CDU)****Eigenanteile für Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner in Rheinland-Pfalz**

Aktuell wird in den Medien über die Eigenanteile von Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohnern berichtet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung der pflegebedingten Kosten hinsichtlich ihrer Konsequenzen für die Eigenanteile in Pflegeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung der investitionsbezogenen Kosten hinsichtlich ihrer Konsequenzen für die Eigenanteile in Pflegeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz?
3. Welche Möglichkeiten sieht sie zur Entlastung der hiervon Betroffenen?
4. Inwieweit beabsichtigt sie, die frühere Investitionskostenförderung des Landes für die entsprechenden Einrichtungen zur Kostentlastung der Betroffenen wieder aufzunehmen?

**15. Abgeordnete****Jutta Blatzheim-Roegler  
und Andreas Hartenfels  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Landeseigener Leitfaden zur Pflege und Entwicklung der Straßenbegleitflächen**

Die Pflege der Straßenbegleitflächen und deren Vegetation gehören zu den Aufgaben des Landesbetriebs Mobilität. Diese Arbeiten laufen zu Beginn des Frühlings auf Hochtouren. Diese Aufgabe stellt zugleich mehrere Anforderungen an die verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. So soll die Verkehrssicherungspflicht wahrgenommen und gleichzeitig der Arten- und Biotopschutz gewahrt werden. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Artensterbens ist die naturnahe Pflege und Entwicklung von landeseigenen Flächen auch ein wertvoller Beitrag zur Umsetzung der vom Landtag beschlossenen Biodiversitätsstrategie und der umfassenden Biotopvernetzung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Nach welchen konkreten Kriterien werden die Pflegearbeiten des Straßenbegleitgrüns und der (zeitliche) Turnus zur Durchführung festgelegt?
2. Welche Maßnahmen und Konzepte werden ergriffen, um potenzielle Lebensräume entlang von Straßenverkehrsflächen vor dem Hintergrund des zunehmenden Artensterbens zu schützen, zu erhalten und weiterzuentwickeln (analog bspw. zu dem Dokument „Hinweise zur ökologisch orientierten Pflege von Gras- und Gehölzflächen an Straßen in Baden-Württemberg“)?
3. Über welche personelle Ausstattung verfügen die jeweiligen Dienststellen des LBM für die Bereiche Landschaftspflege bzw. in welchem Umfang werden externe Beraterinnen und Berater sowie Pflegeteams bei der Planung und Umsetzung von Pflegemaßnahmen hinzugezogen?